

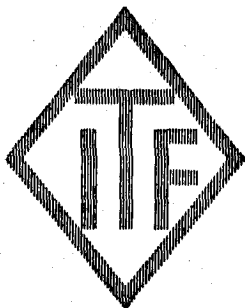


# FASCHISMUS

4. Jahrgang  
No. 5

Amsterdam, den 7. März 1936

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITERSCHAFT  
UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.



Beilage zur deutschen Ausgabe.

Grenzen des Terrors. (I. T. F.) Der Arbeitsminister des Dritten Reiches, der Industrielle Seldte, hat angeordnet, dass die Abstimmungslisten, die Stimmzettel und die Feststellung des Abstimmungsergebnisses bei den Abstimmungen über die Vertrauensräte bis zum 1. Mai 1937 aufzubewahren sind. Die Geheime Staatspolizei kann also in Ruhe feststellen, wer demonstrativ der Wahl ferngeblieben ist, und ihn zu Rechenschaft ziehen. Es kann auch—wie gelegentlich schon im vergangenen Jahre—versucht werden, die Verfasser "staatsfeindlicher" Bemerkungen auf den Stimmzetteln durch Schriftvergleich festzustellen.

Durch diese Anordnung sollen die Arbeiter und Angestellten eingeschüchtert werden. Doch mit diesen Massnahmen wird die Gestapo wenig erreichen. Denkende Arbeiter gehen, um sich nicht sinnlos zu exponieren, zur Abstimmung, sie verzichten auf überflüssige Bemerkungen und werden, wo es irgend geht, die ganze Liste durchstreichen, auf jeden Fall aber streng "legal" den Zellenobmann der N.S.B.O. und den Betriebswalter der Arbeitsfront.

Keine Experimente! (I. T. F.) Das Blatt des der Internationalen Transportarbeiter Föderation angeschlossenen "Gesamtverbandes der Seeleute, Hafentarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands" wendet sich scharf gegen Übereifrige:

"Heute (offen) Forderungen aufzustellen und diese Forderungen zu vertreten würde bedeuten, dass die Kollegen mit der GESTAPO Bekanntheit machen würden. Ebenso würden die Organisatoren aller Vorstöße innerhalb der D.A.F., ob es sich nun um Verbesserung des Lohnes oder der Arbeitsbedingungen handelt, sehr bald im Konzentrationslager sitzen.

Wir wollen aber nicht, wie uns vielleicht ein Übereifriger zum Vorwurf machen könnte, die Linie des geringsten Widerstandes beziehen. Vorsicht ist noch lange keine Ängstlichkeit.

Die Arbeitsfront ... fällt unter die Bezeichnung ZWANGSABZÜGE und wird nun in dieser Beziehung und als faschistische Organisation zur Knebelung der deutschen Arbeiterschaft ernst genommen.

Deshalb kann es keine Vorstöße in der D.A.F. von unserer Seite geben. Deshalb auch keine Besetzung irgendwelcher Posten in der D.A.F. durch unsere Leute.



Der Duisburger und einige andere Prozesse gegen Rheinschiffer sollen keine Wiederholung finden. Gearbeitet muss werden, aber Experimente werden nicht gemacht.

Wer heute noch experimentieren will mit Arbeitern, wer diese Experimente von einer hohen Warte aus beobachten will, um dann nachher zu beweisen, dass und warum es falsch war, gehört nicht zu uns!

Also ist es ganz richtig, wenn der Kollege sagt: "Übergrosse Vorsicht in der Arbeit ist berechtigt und sollte von allen Kollegen beim Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften beachtet werden."

Arbeit im kleinsten Zirkel, von Mann zu Mann. Jeder hat im Stromgebiet eine Masse von Bekannten, die antifaschistisch eingestellt sind. Diese werden bearbeitet. Wir lassen die Nationalsozialisten links liegen und vermeiden dadurch eine besonders grosse Gefahr. Lasst uns dadurch sorgen, dass unsere Organisationen aller Rheinschiffer, Hafenarbeiter und Seeleute wird, dass endlich einmal wir Arbeiter auf dem Rhein, auf See und in allen deutschen Häfen in einem einzigen Verbandszusammenstehen. Auch ohne Mitgliedsbücher, ohne Kassierung, ohne Aufnahmen, ohne Büros, Zahlstellen u.s.w. wollen wir uns als Mitglieder des Gesamtverbandes betrachten!

Inzwischen für der Einzelne den Kampf, erfüllt jeder seine besonderen, ihm gestellten Aufgaben".

Keine Illusionen.....(I.T.F.) Fast gleichzeitig wendet sich eine illegale sozialdemokratische Zeitung gegen die Illusionen, die Deutsche Arbeitsfront "erobern" zu können: in der Arbeitsfront sind die Arbeiter nicht "organisiert", sie werden von ihr "erfasst", kartothekisiert und besteuert. Sie werden gelegentlich von "Kraft durch Freude" erbaut und auf Ausflüge geschickt. Es gibt keine Betriebsversammlungen der Arbeitsfront mit Diskussionen, kaum Betriebsversammlungen, in denen Angelegenheiten des Betriebs besprochen werden. Es gibt keine Mitgliedsversammlungen, in denen die Tätigkeit der Arbeitsfront zur Debatte steht. Die Funktionäre der Arbeitsfront werden nicht gewählt, sie legen keine Regenschaft ab, sie werden ernannt. Es gibt kein Organisationsleben der Deutschen Arbeitsfront. Daher werden die Versammlungen und Demonstrationen trotz allem Zwang immer schlechter besucht, darum müssen die Beiträge direkt vom Lohn abgezogen werden. Die Arbeiter fühlen sich in der Arbeitsfront nicht organisiert, sie haben zu ihr kein Vertrauen und erwarten von ihr nicht mehr die Vertretung ihrer Interessen.

Die Arbeitsfront ist eben keine Gewerkschaft, nicht einmal eine gelbe, sondern eine zentralistische abhängige Zwangsorganisation. Ihre Politik wird nicht diskutiert, sondern diktiert. Ihre Funktionäre werden nicht gewählt, sondern eingesetzt. Ihre Mitgliedschaft wird nicht geworben, sondern gepresst. Ganz offen wird verkündet, dass die Arbeitsfront nicht zur Interessenvertretung, sondern zur nationalsozialistischen Propaganda unter den Arbeitern da ist. Im Kasernenhof der Arbeitsfront ist (heute noch) kein Raum für legale politisch-oppositionelle Fraktionsbildung.

Wer versucht, in einer Organisation, die kein inneres Leben hat Fraktionen zu bilden, muss auf die schiefe Ebene geraten. Die Funktionen in der Arbeitsfront müssen, da die Funktionäre nicht gewählt werden, erschlichen werden. Wer sich Funktionen erschlichen will, muss sich als lauter Nazischreiber tarnen. Er kann sich aber nicht gleichzeitig das Vertrauen der Vorgesetzten erhalten, denen er seine Funktion verdankt, und das Vertrauen der Arbeiter deren Forderungen er vertreten will. Er muss sich entweder so exponieren, dass er seine Funktion und damit vielleicht die Freiheit verliert, oder sich den Arbeitern entfremden. Und--und das ist das Entscheidende--diese Exponierung wird in 99 von 100 Fällen keine Früchte tragen, weil sie nicht schon der Ausdruck einer organisierten Kraft ist, weil nicht die Arbeiter den Kollegen zum Funktionär gemacht haben, weil diese Kollegen genau so wenig hinter sich haben wie alle Funktionäre der gelben Arbeitsfront.

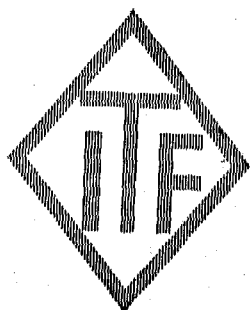


# FASCHISMUS

4. Jahrgang  
No. 5

BERICHTE UND DOKUMENTE ZUR LAGE DER ARBEITERSCHAFT  
UNTER FASCHISTISCHER DIKTATUR.

Amsterdam, den 7. März 1936.



Nur ein Arbeiter! (I.T.F.) Am Ostersonnabend 1935 hatte  
===== ein Danziger SA-Truppführer einen  
katholischen Hafenarbeiter, Vater von 7 Kindern, mit sei-  
nem Dienstdolch ermordet. Die nationalsozialistischen  
Richter verurteilten den Mörder zu der milden Strafe von  
nur 2 Jahren Gefängnis. Aber selbst diese Strafe brauchte  
er nicht abzusitzen, schon Ende Januar 1936 ist der Mörder  
aus dem Gefängnis entlassen worden. Arbeiterleben gelten den National-  
sozialisten nichts.

Massenflucht aus der Arbeitsfront. (I.T.F.) Die Danziger Arbeitsfront  
===== befindet sich in schwieriger  
finanzieller Lage. Die Subventionen aus Berlin gehen wegen der Devi-  
senschwierigkeiten des Dritten Reiches spärlicher ein und die gepres-  
sten Mitglieder zahlen keine Beiträge mehr. Im Herbst 1935 hat eine  
regelrechte Massenflucht aus der Arbeitsfront eingesetzt. In Privat-  
betrieben, ja selbst in den nationalsozialistischen Behörden unter-  
stellten öffentlichen Betrieben wehren sich die Arbeiter mit Erfolg  
gegen den Abzug der Arbeitsfrontbeiträge. Die Arbeitsfront hat die  
Hoffnung aufgegeben, die Ausgetretenen zurückzugewinnen; die erledigte  
Karteikarten der den Beitrag verweigernden Mitglieder wurden jetzt  
in Säcken verpackt in die Burokeller transportiert,

Durch diesen Beitragsstreik sind die Finanzen der Danziger  
Arbeitsfront so zerrüttet, dass ein besonderer Sparkommissar einge-  
setzt wurde, der sattem bekannte Nationalsozialist von Wnuck, der  
sich an der Abwertung des Danziger Geldes unter Ausnutzung dienst-  
licher Informationen persönlich bereichert hatte. Dieser erprobte  
Vorkämpfer des Nazi-Grundsatzes "Eigennutz geht vor Gemeinnutz"  
spart nach echt nationalsozialistischer Methode. Zahlreichen über-  
flüssigen Angestellten wurden gekündigt, den kleinen Angestellten  
wurde das Gehalt gekürzt, trotzdem den oberen Gehaltsstufen erst  
aus Anlass der Guldenabwertung eine 25-30%ige Erhöhung bewilligt  
worden war und der Landesleiter der Arbeitsfront monatlich zwischen  
1700 und 2000 Danziger Gulden erhält. Auch das Blatt der Arbeitsfront,  
"Der Schaffende", soll eingestellt werden, falls Berlin nicht noch  
im letzten Augenblick Geld zur Verfügung stellt.

Am 19. Februar hat Dr. Mey das Büro der Danziger Arbeitsfront  
inspiziert, um sich ein Bild vom Stand seiner gelben Filiale zu  
machen. Er fuhr, um die "nationalsozialistische Sparsamkeit" zu illu-  
strieren, mit seinem Stab in 14 Autos vor. Es fiel auf, dass der  
Danziger Gauleiter Forster, der "Führer aller deutschen Angestellten",  
seinen Zwangsurlaub auch für diesen Tag nicht unterbrechen durfte.

Über das Ergebnis seiner Feststellungen hat der redselige Dr. Ley bezeichnenderweise geschwiegen.

Die Milch entzogen. (ITF) Die nationalsozialistischen Schulbehörden im Freistaat Danzig wollen die Arbeiterkinder zum Austritt aus dem Arbeitersportverein zwingen. Die Lehrer müssen die Kinder zum Austritt auffordern. In einer Schule wurde Kindern, die nach wie vor bei den Arbeitersportlern turnen, die Milch entzogen, die alle unterernährten Kinder dieser Schule erhalten.

Vollständig verelendet. (ITF) Cianetti, der von Mussolini ernannte Leiter der faschistischen Konföderation für die Industriearbeiter hatte dem amerikanischen Journalisten Spivak zugegeben, dass bei den im faschistischen Italien gezahlten niedrigen Löhnen eine Arbeiterfamilie nur dann das Existenzminimum erreicht, wenn ihr 2 1/2 Arbeitsverdienste zur Verfügung stünden. Das faschistische Italien aber verwehrt die durch den Raubzug gegen Abessinien entstandene Massenarbeitslosigkeit dadurch zu verschleiern, dass in jeder Arbeiterfamilie nur noch ein Verdienender arbeiten darf. In einem Interview, das Cianetti einem Vertreter des Pariser "Matin" gewährte, erklärte er: "Unser Grundsatz ist immer ein Mitglied einer Arbeiterfamilie Arbeit zu beschaffen, was praktisch bedeutet, dass die Opfer von jedem getragen werden müssen, da alle sich im Interesse der nationalen Notwendigkeit einschränken müssen, ohne dass jemand vollständig verelendet".

Opfer im "Interesse der nationalen Notwendigkeit" werden jedoch nur der Arbeiterschaft auferlegt. Die Kriegsslieferanten verdienen. Vor einiger Zeit wurde in Arbeiterversammlungen mitgeteilt, dass die Besitzenden durch eine erhebliche Vermögensabgabe zur Deckung der Unkosten des Raubzuges gegen Abessinien herangezogen werden sollten. Jetzt wurde (im offiziellen "Giornale d'Italia") festgestellt, dass an keine Vermögensabgabe gedacht wird. Die Kriegsgewinnler scheffeln Gewinne, die Aktien des grossen Chemietrusts Montecatini stiegen in den letzten 14 Monaten um 45%, die Aktien der voll für die Armee arbeitenden Autowerke des Fiatkonzerns um 33%. Aber die italienischen Arbeiter verelenden vollständig.

Das Interview veröffentlichte der "Matin" am 14.II.,  
"Il Lavoro Fascista" am 15.II., das Interview mit Spivak  
siehe "Faschismus" Nr. 4.)

Wachsende Not. (ITF) Durch den kostspieligen Raubzug gegen Abessinien steht das faschistische Italien vor dem Staatsbankrott, durch die Sanktionen der Völkerbundsstaaten sind viele auf Export oder auf Einfuhr ausländischer Rohstoffe angewiesene Industrien schwer getroffen worden. Die faschistische Diktatur, deren Propaganda von "Arbeiterfreundlichkeit" trieft, lässt die Opfer ihrer Politik kaltblütig verhungern. In einem Interview hat Tullio Cianetti, der Leiter der faschistischen Konföderation für die Industriearbeiter, einem Vertreter des "Matin" (Le Matin, 14.II.36) das zynisch eingestanden: "Mit am meisten hat in Italien die Korporation der Marmorarbeiter (unter den Sanktionen) zu leiden, denn unser ganzer Marmorexport ging nach Argentinien und England und hat natürlich aufgehört. Daher sind in dieser Branche von 10.000 Arbeitern 7.000 erwerbslos. Aber wir konnten inzwischen 3000 nach Erytrea schicken. Wir machen alle Anstrengungen, die 4.000 andern in anderen Branchen unterzubringen.

Der Export der Baumwollindustrie, die mit vom Ausland eingeführten Rohstoffen arbeiten muss, hat vollständig aufgehört... Das gleiche gilt für die Seidenindustrie, welche praktisch vollkommen still liegt..

An einem Ausgleich durch öffentliche Arbeiten kann die bankrotte Diktatur nicht denken. Im Gegenteil: "Aus wirtschaftlichen Gründen hat die Regierung die meisten grossen (öffentlichen) Arbeiten einstellen lassen. Wir hoffen (!), sie im Frühjahr wieder aufnehmen zu können. Aber im Augenblick sind zahlreiche Tiefbauarbeiter und Maurer ohne Arbeit."

Die Opfer der faschistischen Kriegspolitik, die nicht das "Glück" haben, zur Zwangsarbeit nach Ostafrika vermittelt zu werden, stehen vor dem Nichts. Im günstigen Fall erhalten sie nach scharfer Bedürftigkeitsprüfung eine kleine Unterstützung; doch nur 3 Monate, nicht ein Tag länger. "Im allgemeinen versuchen wir", erklärte Cianetti, "da, wo es dringend (!) nötig ist, durch Gewährung einer Erwerbslosenunterstützung/nicht länger als 3 Monate gewährt werden kann..." Brot geben die Faschisten den Hungernden nicht. Statt dessen häufen sich die Razzien zu helfen. Aber wir machen die in Betracht kommenden darauf aufmerksam, dass diese Unterstützung

der politischen Polizei und füllen sich die Gefängnisse mit Hungernden und Kämpfern gegen die faschistische Unterdrückung.

Osterreichische Kultur. (ITF) Die illegalen Freien Gewerkschaften  
===== Osterreichs berichten: "Seit der sogenannten Amnestie sind in Osterreich nicht weniger als 700 Verhaftungen vorgenommen worden. In jeder Woche werden Dutzende Jahre Kerker verhängt, über aufrechte Männer und Frauen, die nichts weiter als die Freiheit und die Selbstbestimmung der Arbeiter wollen..."

In Bleiberg-Kreuth in Kärnten sind vor Kurzem 60 Bergarbeiter verhaftet worden, Sie wurden auf die Gendarmerie gebracht. Dort mussten sie ihre Schuhe ausziehen, worauf sie Stockhiebe auf die Sohlen erhielten. Während die osterreichischen Staatsführer in der ganzen Welt um Hilfe betteln, während der (osterreichische Bundeskanzler) Herr Schuschnigg gebildete Reden über die Eingliederung Osterreichs in die europäische Kultur hält, wird der barbarische faschistische Terror noch verschärft!"

Kassenkampf. (ITF) In Oberosterreich tobt der Kassenkampf, die  
===== faschistische Heimwehr kämpft erbittert um das Recht auf Unterschlagung von Arbeitergeldern. In der Autofabrik Steyr-Daimler-Puch A.G. hatte der Kassierer der "Werksgemeinschaft" -- des faschistischen Betriebsratsersatzes -- 3000 Schilling unterschlagen. Der Obmann der "Werksgemeinschaft", der faschistische Vizebürgermeister von Steyr und Landtagsabgeordnete Janak, hatte sich bei Konferenzen Diäten gleichzeitig von zwei verschiedenen Stellen zahlen lassen. Sein Stellvertreter hatte sich auf die gleiche Art bereichert. Die Leitung der Einheitsgewerkschaft duldete diese Korruption, denn die drei Ehrenmänner waren und sind angesehene Mitglieder der faschistischen Heimwehr, der mit italienischem Geld finanzierten Garde des Fürsten Starhemberg. Erst als die in die Einheitsgewerkschaft gepressten Arbeiter der Steyr-Werke in Beitragsstreik traten, griff die Einheitsgewerkschaft ein, setzte die Korruption ab und veranlasste unter dem Druck der Arbeiter den Werksgemeinschaftsobmann, seine Mandate als Vizebürgermeister und Landtagsabgeordneter niederzulegen.

Die Heimwehr empfand dieses Einschreiten gegen ihre Repräsentanten als einen Eingriff auf ihre heiligsten Rechte. Die Leitung der Heimwehr Oberosterreichs erliess (am 3.II.26.) einen geharnischten "Landesführungsbefehl" gegen den "Präsidenten des Gewerkschaftsbundes Staud" und die Führer der aufgelosten christlichen Gewerkschaften, "von denen das Blatt der Ostmärkischen Sturmcharen (der Wehrformation des Bundeskanzlers Schuschnigg!Red.) kürzlich sagte, dass sie selbst nicht wussten, ob sie Katholiken oder Marxisten sein sollten". Diese "Marxisten" hätten durch das Absetzen der korrupten Heimwehrlere einen "offenen Konflikt" ausgelöst, die Heimwehr lehnt eine Zusammenarbeit mit ihnen "klar und deutlich" ab. Sie beklagt sich bitter: "Die Arbeitsmöglichkeiten, die wir unseren Kameraden aus dem Arbeiterstand bieten könnten, sind nach wie vor ganz unzureichend und in keinem Verhältnis zu den gevrahten Opfern, aber sogar diese wenigen Verdienstmöglichkeiten will man ihnen rauben".

Um diese Verdienstmöglichkeiten, um den Zugriff zu fremden Kassen kämpft die Heimwehr erbittert. Der "Landesführungsbefehl" schliesst entschlossen: "Die Fahne hoch, den Helm zum Kampf gebunden".

Die Heimwehr zieht in den Kassenkampf.

Klassenkampf. (ITF) Der Kampf des osterreichischen Industriellenbundes  
===== gegen die faschistische Einheitsgewerkschaft hat, wie nicht anders zu erwarten war, mit einer vollständigen Niederlage der Gelben geendet. Die Industriellen haben der faschistischen Metallarbeiterorganisation, trotzdem deren Leiter zur Zeit Staatssekretär für Arbeiterfragen im Sozialministerium ist, keine Konzessionen gemacht; resigniert muss der Stellvertreter des Staatssekretärs, der geschäftsführende Sekretär der Gewerkschaft der Arbeiter in der Metall- und Elektroindustrie, feststellen: "Die Schlacht ist für die Arbeiter und die Gewerkschaft verloren" ("Arbeiterwoche", 22.II.36., Nr. 8)

Die Arbeiter der vollbeschäftigten Autofabriken "Austro-Fiat" und "Saurerwerke" hatten die faschistische Organisation gezwungen, Erhöhung der Löhne auf den Stand vom Februar 1934 zu verlangen. Die Industriellen begnügen sich nicht damit, durch brüske Ablehnung den Arbeitern zu zeigen, wie machtlos die Einheitsgewerkschaft und die faschistische Diktatur im Grunde sind; sie bereiten bereits Massregelungen der Funktionäre der Einheitsgewerkschaft vor. Die faschistische Metallarbeiter-Organisation klagt: "Bei Austro-Fiat werden nahezu täglich neue Arbeiter aufgenommen, obwohl nach Ansicht der Vertrauensmänner

kein genügender Grund dazu vorliegt. Die Aufnahmen haben offenbar den Zweck, nach der forcierten Produktion für die Frühjahrsmesse Arbeiter wieder zu entlassen, aber nicht die neu aufgenommenen natürlich, sondern solche von der alten Belegschaft. Man will diese reinigen,... Bei den Saurerwerken wieder tritt, was noch nicht der Fall war, plötzlich Materialmangel auf; man will offenbar nach einer auch hier sehr intensiven Messerarbeit eine Produktionsstockung eintreten lassen, um damit das Hauptargument der Arbeiterschaft, die anhaltende Besserung der Konjunktur, zu widerlegen" ("Arbeiterwoche", Nr. 8). "Die Unternehmer haben den illegalen den Beweis geliefert, dass es (im christlichen Staat) einen Klassenkampf von oben gibt" ("Arbeiterwoche", 29. Februar).  
Gegen Klassenkampf von oben hat die autoritäre Regierung keine Bedenken. Sie lässt den Industriellen freie Hand.

Übergang zum Heimarbeiter. (I.T.F.) In der österreichischen Bekleidungs-  
===== Industrie und der Möbelerzeugung werden immer häufiger Betriebe aufgelöst, die Unternehmer vergeben die Arbeit nur noch in Heimarbeit zu wesentlich niedrigeren Löhnen. Auf der Wiener Landeskonferenz der (faschistischen) Einheitsgewerkschaft klagten am 1. Februar Redner darüber, dass "die Heimarbeit in der Textilindustrie namentlich in den Strickenreien und Wirkereien, in der Ausfertigung, der Konfektionsindustrie, der Regenschirm-Erzeugung und in den Webereien einen bedrohlichen Umfang angenommen hat...

Es gibt Grossbetriebe, die noch vor kurzem einen Stand von 200 oder 300 Arbeitern besessen haben, jetzt aber nur mehr 20 oder 30 beschäftigen. Fast die ganze Arbeit wird ausser Haus gegeben. Das Anschwellen der Heimarbeit gefährdet die noch beschäftigten Arbeiter in doppelter Hinsicht: das Abwandern der Arbeit aus den Betrieben und Werkstätten zur Heimarbeit bedeutet nicht nur neue Arbeitslosigkeit, sondern auch ein Abgleiten der Löhne. Der Lohn der Heimarbeiter reicht gerade aus, um Brot und Kartoffeln zu kaufen. Viele Heimarbeiterinnen haben nicht einmal mehr ordentliche Schuhe oder einen warmen Mantel. Wenn sie liefern gehen müssen, dann borgen sie einander Schuhe und Kleider..." (nach dem Bericht der faschistischen "Arbeiterwoche" vom 15. Februar 1936).

Die faschistische "Gewerkschaft der Arbeiter in der Holzindustrie" beklagt die gleiche Erscheinung. Die sogenannten Serienmöbel-Erzeuger stellen nur noch einen kleinen Teil ihrer Produktion in Eigenregie her, während der Grossteil ihrer Arbeiten an kleine Meister weitergegeben wird. Die in der Möbelindustrie beschäftigte Arbeiterschaft erhält durch das Weitergeben der Arbeit eine ungeheure Konkurrenz, die nicht nur die Arbeitslosigkeit der Holzarbeiter stark vermehrt, sondern empfindlich lohndrückend wirkt. Denn die kleinen Meister müssen um einen Schundlohn mindestens 10-12 Stunden im Tag arbeiten, um überhaupt bei den Spottpreisen bezahlten Lieferungen etwas zu verdienen" (Arbeiterwoche", 8. II. 36.) Die faschistischen Gewerkschaften klagen, wagen aber nicht, energisch gegen den Lohndruck durch Übergang zur Heimarbeit einzuschreiten.

Spiele, aber kein Brot. (ITF) Als am 20. Januar 1936 der "Traditions-  
===== gau" Oberbayern der NSDAP zu einer Tagung zusammengerufen wurde, stellte der bayrische Staatsminister Wagner, "unter brausendem Beifall, (1) fest, dass weite Kreise des deutschen Arbeitertums hungern, damit das Deutsche Reich bestehen kann" (nach dem Bericht der "Münchener Neuesten Nachrichten" vom 22. I. 36.) Im Februar fand in Oberbayern die Winterolympiade statt, mit dem ganzen kostspieligen Prunk, den die Herren des Dritten Reiches lieben.

Für die hungernden deutschen Arbeiter haben die Nationalsozialisten kein Geld, für sie muss gebettelt werden. Aber die am Hunger der deutschen Arbeiter ersparten Summen konnten auf der Olympiade grosszügig verschleudert werden. Hitler stand auf der Ehrentribüne.

Er war zufrieden.

Gegen das Volk. (ITF) Die neue deutsche Armee ist nicht nur zur  
===== Bedrohung der Nachbarn des Dritten Reiches aufgestellt worden, sie soll gleichzeitig den "inneren Feind" niederhalten; die deutschen Soldaten sollen, wie der Exkaiser Wilhelm II. es einst formulierte, auf Befehl "auf Vater und Mutter schiessen". Durch Verordnung vom 17. Januar 1936 wurde festgelegt, dass der Wehrmacht zur

Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.... der Waffengebrauch ohne weiteres zusteht:

- 1) um einen Angriff oder eine Bedrohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben abzuwehren oder um Widerstand zu brechen;
- 2) um der Aufforderung, die Waffen abzulegen oder bei Menschenansammlungen auseinander zu gehen, Gehorsam zu verschaffen;
- 3) gegen Gefangene oder vorläufig Festgenommene, die einen Fluchtversuch unternehmen, obwohl ihnen bei ihrer Übernahme oder Festnahme angedroht werden ist, dass bei Fluchtversuch die Waffe gebraucht werden wird;
- 4) um Personen anzuhalten, die sich der Befolgung rechtmässiger Anordnungen trotz lauten Haltrufs durch die Flucht zu entziehen suchen;
- 5) zum Schutz der ihrer Bewachung anvertrauten Personen oder Sachen. Auch in diesem Fall hat dem Waffengebrauch, wenn die Lage es zulässt, ein lauter Haltruf voranzugehen.....

..... Der Schusswaffe stehen Sprengmittel (Handgranaten, Sprengmunition, geballte Ladungen usw.) gleich."

Diese Verordnung, die bezeichnenderweise am Vorabend der Jubiläumsfeiern vom. 30 Januar im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurde, durfte in der deutschen Presse nicht nachgedruckt werden.

Denn am 30. Januar wollte Hitler sich als "Liebling des Volkes" feiern lassen, genau so wie einst der Mann, der verlangte, dass die Soldaten auf seinen Befehl auf Vater und Mutter schossen.

Opfer des Rassenwahns. (ITF) Um statistisches Material zur Rechtfertigung der nationalsozialistischen Rassentheorien zu erhalten, hat das "Hauptamt für Volksgesundheit in der Reichsleitung der NSDAP" ein Gesundheitsstambuch herausgegeben, das künftig in der NSDAP, im Arbeitsdienst, in der Hitlerjugend und in der Deutschen Arbeitsfront für jedes Mitglied geführt werden soll. Das Gesundheitsstambuch besteht aus einer Umschlagmappe mit 3 Gesundheitsbogen. Der Gesundheitsbogen A gilt für das Säuglings- und Kleinkindalter bis zum 6. Lebensjahr, der Bogen B bis zum 18. Lebensjahr, der Bogen C für die Spanne vom 19. bis 65. Lebensjahr. In den Bogen müssen Angaben über den körperlichen Zustand des Untersuchten, über seine sozialen Verhältnisse und vor allem auf einer besonderen "Erbschaft", über seine Erbanlagen vermerkt werden. In bestimmten Abständen wird das Ergebnis der Nachuntersuchungen im Stammbuch nachgetragen. Nach einer ersten Untersuchung geht das Gesundheitsstambuch in die Hand des Amtes für Volksgesundheit der NSDAP über, wo es den Dienststellen der nationalsozialistischen Organisationen und den Behörden, nicht aber dem Inhaber (!) zur Einsicht zur Verfügung steht.

Da das Gesundheitsstambuch sofort für zwei Jahrgänge der Arbeitsfront eingeführt werden soll, sind nur schematische Untersuchungen möglich. Für die Feststellung des Körperbaus sind "3 Grundformen festgelegt" worden: "schlankwüchsig, muskulär und rund". Der "Psychische Typ" soll durch Bezeichnungen charakterisiert werden wie: "schniedig, schlapp, Berstandesmensch, Gefühlsmensch, Duckmäuser usw.". Der wissenschaftliche Wert derartiger laienhafter Schemata ist höchst zweifelhaft. Für die Arbeiter aber hat die Spielerei der vom Rassenwahn besessenen Nationalsozialisten eine schwerwiegende Bedeutung. Nicht vollständig gesunde Arbeitende riskieren erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeitsvermittlung. Ein Gesundheitsstambuch mit einer Eintragung über die Tuberkulose, ein Krebsgeschwür oder gar eine syphilitische Infektion stempelt den Inhaber für sein weiteres Leben. Gegen Fehldiagnosen als Folge flüchtiger Untersuchungen ist keine Sicherheit gegeben, gibt es doch keine Kontrolle der Eintragungen. Kranke Arbeiter werden daher, um nachteiligen Eintragungen im Gesundheitsbuch zu entgehen, den Arzt meiden, sie werden Gesundheit simulieren. Da nicht nur eigene Erkrankungen im Gesundheitsstambuch vermerkt werden, sondern durch die Erbschaft gerade Lebenstüchtigkeit der ganzen Familie festgestellt werden soll, wird die "Krankheitsangst auf die ganze Familie übergreifen. Die Spielerei der Rassewütigen gefährdet die Gesundheit der Arbeiterfamilien und macht die Arbeitenden zum wehrlosen Opfer der Bürokratie der NSDAP, die jederzeit das Gesundheitsstambuch zu einem Steckbrief machen kann, der das Fortkommen der Betroffenen hindert.

"Volksgemeinschaft". (ITF) Die deutsche Textilindustrie leidet unter ~~absatzmangel~~ Absatzmangel. Die Kaufkraft der breiten Massen ist gesunken und Rohstoffe sind bei dem Mangel an Devisen knapp geworden. In 3000 Betrieben mit einem Siebtel der gesamten Textilarbeiterschaft, kann noch nicht einmal 36 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Bei den niedrigen Löhnen der Textilarbeiter, vor allem der Textilarbeiterinnen, bedeutet das ein namenloses Elend.

Nach den Worten der nationalsozialistischen "Führer" müsste man annehmen, dass die Textilindustriellen die Not der Textilarbeiterschaft teilen. In Wirklichkeit aber haben sich die Gewinne der Industriellen erheblich erhöht! Nach einer Aufstellung der "Frankfurter Zeitung" (Nr. 34/35) haben von 90 Gesellschaften der Textilindustrie, deren Aktien an der Börse gehandelt werden, im vergangenen Jahre 41 ihre Dividenden erhöhen können; Die gezahlte Durchschnittsdividende stieg, während die Textilarbeiter hungerten, um 11%.

Dauerkrise. (ITF) Die deutsche Schuhindustrie leidet unter ~~absatzmangel~~ mangel. Der Absatz im Schuheinzelhandel lag selbst unter dem Absatz des Krisenjahrs 1932. Die öffentlichen Aufträge für Armee und nationalsozialistische Verbände haben die Schrumpfung des zivilen Absatzes, die Folge der im Dritten Reich gesunkenen Kaufkraft der Massen, nicht wettmachen können. Der Schuhexport hat praktisch keine Bedeutung mehr. In zahlreichen Betrieben mussten Entlassungen vorgenommen werden, Kurzarbeit ist die Regel. In einzelnen Produktionsgebieten wird nur noch knapp über 30 Wochenstunden gearbeitet.

Die Schuhindustrie hat mit Unterstützung der nationalsozialistischen Behörden zahlreiche Betriebe aus den Städten in günstig gelegene Landbezirke verlegt und kann dadurch ihre Arbeiter in niedrigere Orts-Lohnklassen einstufen. Ersetzen der Männer durch geringere entlohnte Frauen und jüngere Arbeiter hat das Lohnniveau in der Schuhindustrie weiter gesenkt. Durch dieses Absinken der Löhne trifft der Lohnausfall die Kurzarbeitenden noch härter.

Die nationalsozialistische Diktatur hat immer wieder die Krise der Schuhindustrie als saisonbedingt hinstellen wollen. Jetzt aber sah sie sich gezwungen zuzugeben, dass die ~~schrumpfung~~ schrumpfung der ~~massenkaufkraft~~ massenkaufkraft durch den braunen Lohndruck und das Sinken des Exports durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu einer Dauerkrise in der Schuhindustrie führten, und sie führte für die 95 000 Arbeiter der Schuhindustrie die "verstärkte Kurzarbeiterunterstützung" ein. Durch diese "verstärkte Kurzarbeiterunterstützung" wird nur die Hälfte des Unterschiedes zwischen dem tatsächlich verdienten Lohn und einem 36 Stunden-Wochenverdienst ersetzt. Die "verstärkt kurzarbeitenden" Schuharbeiter leben unter Erwerbslosenniveau.

"Selbstverantwortung" -- der neueste Schlag. (ITF) Die Leitung der ~~deutschen Arbeitsfront~~ Deutschen Arbeitsfront hat die Gefahr erkannt, die ihr von den "Arbeitsausschüssen" droht, die bezirklich für die einzelnen Industriezweige gebildet wurden. Zu den Tagungen dieser Ausschüsse, in denen Unternehmer und von ihnen ausgesuchte "Belegschaftsvertreter" in gleicher Zahl sitzen, ist den Sekretären der Arbeitsfront der Zutritt ausdrücklich verboten worden; durch -- noch verbotenen -- Zusammenschluss der 3000 bezirklichen Ausschüsse könnte jederzeit eine Konkurrenzorganisation zu den Reichsbetriebsgemeinschaften der Deutschen Arbeitsfront gebildet werden.

Die Arbeitsfront hat jetzt versucht, sich einzuschalten, hat (am 25. Januar) eine Geschäftsordnung für die Arbeitsausschüsse erlassen und sie einem neugegründeten "Amt für soziale Selbst v e r a n t w o r t u n g" unterstellt. Der Titel dieses Amtes, das an die Stelle des einstigen "Amtes für ständischen Aufbau" tritt, soll den Eindruck erwecken, dass im Rahmen der Arbeitsfront Selbst v e r w a l t u n g möglich sei. Unter Selbst v e r a n t w o r t u n g aber verstehen die Nationalsozialisten, dass die Beauftragten "Führer" den Mitgliedern keine Rechenschaft ablegen, sondern die ihnen übertragene Verantwortung selbst tragen.

Die Arbeitsausschüsse sind keine Selbstverwaltungsorgane, sondern Unternehmerratsausschüsse zur sozialpolitischen Beratung der Treuhänder. Da als "Belegschaftsvertreter" nur "Vertrauensmänner" fungieren können und alle Kandidaten zu den Vertrauensräten vom Unternehmer ausgesucht werden, sind die Ausschüsse nur eine Legalisierung der "aufgelösten" sozialpolitischen Arbeitgeberverbände.



Man hat die Form der Arbeitsausschüsse gewählt, um die Verantwortung für Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf die in den Ausschüssen als Vertrauensratsmitglieder sitzenden Arbeiter und Angestellten abzuwälzen. "In Notzeiten müssen alle Opfer bringen, die nach einer offener Aussprache (in den Arbeitsausschüssen) viel leichter eingesehen und getragen werden", formulierte (am 25. I.) der sozialpolitische Redakteur der Tageszeitung der Arbeitsfront. Die Nationalsozialisten scheinen zu hoffen, dass sich die Arbeiter, falls es gelingt, die Arbeitsausschüsse für die braune Sozialreaktion verantwortlich erscheinen zu lassen, statt gegen die Treuhänder und die Arbeitsfront gegen die Ausschüsse wenden. Die Propaganda für die "Selbstverantwortung" steht deshalb seit Beginn des Jahres im Mittelpunkt der Propaganda der Arbeitsfront.

Der Sündenbock. (ITF) Der einstige Obmann der NSBO Walther Schuhmann ist =====plötzlich wieder aus der Versenkung aufgetaucht. Schuhmann, der wegen seiner Bedeutungslosigkeit von der Hitlerclique zum Arbeiterführer ernannt worden war, wurde 1934 kaltgestellt. Nur der Tatsache, dass er beim noch immer nicht entschiedenen Prozess wegen des Diebstahls des Vermögens der Danziger freien Gewerkschaften als Zeuge geladen werden konnte, hat ihm vor dem Schicksal Röhm bewahrt. In Kreisen der alten Garde "der NSBO wurde die Kaltstellung Schuhmanns mit Recht als eine Massnahme gegen den Arbeiterflügel der NSDAP betrachtet.

Das Regime hat jetzt ein Meisterstück vollbracht: Schuhmann wurde rehabilitiert, aber nicht wieder in seine alte Funktion in der NSBO eingesetzt, sondern zum kommissarischen Treuhänder in Schlesien ernannt. Er soll jetzt durch Ausführung der sozialreaktionären Anordnungen des Hitlerkabinetts die Sympathien bei der alten Garde verspielen.

Steigende Erwerbslosigkeit. (ITF) Der Berliner Korrespondent des Londoner "Economist", des Blattes des englischen Finanzkapitals stellte (am 15. I. 36) fest: "Im Gegensatz zu den offiziellen Prophezeiungen, dass die Erwerbslosigkeit, von Saisonschwankungen abgesehen, ohne Unterbrechung zurückgehen würde und dass sie im Jahre 1936 völlig verschwinden würde, zeigt das vergangene Jahr eine hartnäckige Stabilität. Da die Zahl der Schulentlassenen, die neu auf dem Arbeitsmarkt erschienen, im letzten April grösser als üblich war, wird die Ziffer der Beschäftigten wahrscheinlich einen Zuwachs zeigen. Aber wenn man die grosse Zahl der 1935 vom Arbeitsmarkt in die Armee überführten in Rechnung stellt, scheint es, dass in Wirklichkeit keine Abnahme der Arbeitslosigkeit festzustellen ist, sondern eher eine bedeutende Zunahme".

(Nicht nur die Ziffern der deutschen Erwerbslosenstatistik täuschen, auch die Angaben der Beschäftigtenstatistik der Krankenkassen ergeben seit dem Ausbau der "verstärkten Kurzarbeit" und der "Werksbeurlaubung" ein falsches Bild. Seitdem zur Verschleierung der Erwerbslosigkeit unbezahlte Arbeitspausen, geringfügige Beschäftigung von oft nur einem Tag in der Woche zur "Erhaltung der Betriebsverbundenheit" in vielen Industrien Regel wurde, ermöglicht die Beschäftigten-Statistik keine Korrektur der verfälschten Erwerbslosenziffern mehr. Um so mehr, da zur Verschleierung der wirklichen Heeresstärke Teile der Armee von bestimmten Betrieben als beschäftigt geführt werden müssen.

Diese Täuschungsmanöver haben aber anscheinend auch der nationalsozialistischen Diktatur die Übersicht über die wirklichen Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt genommen. Vor einiger Zeit wurde wohl deshalb eine nicht zur Veröffentlichung bestimmte Statistik der Entlassungen angeordnet, die von den Treuhändern der Arbeit zu führen ist: die Unternehmer wurden verpflichtet, Entlassungen und Betriebsstillegungen vorher beim Treuhänder genehmigen zu lassen. In der Praxis wird diese Bestimmung häufig umgangen. Der Treuhänder der Arbeit für die Nordmark beklagt sich in einer Bekanntmachung bitter darüber, dass "immer wieder Entlassungen grösseren Umfangs sowie Betriebsstillegungen vorgenommen würden, ohne dass die gesetzlich vorgeschriebene schriftliche Anzeige erstattet werde" (Frankfurter Zeitung, 19. II.) Selbst die Treuhänder kennen den Umfang der wirklichen Erwerbslosigkeit ihres Bezirks nicht mehr. Erst nach Ausstellung der letzten Arbeitsbücher werden sie wieder wissen, wie gross die Erwerbslosigkeit im Dritten Reich wirklich ist.)

Wohlleben. (ITF) Der bisherige Leiter der "Reichsbetriebsgemeinschaft Bekleidung" der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Wohlleben, war gleichzeitig Gauwart des Bezirks Brandenburg des Vergnügungsvereins "Kraft durch Freude" und Gauwarter der Deutschen Arbeitsfront Provinz Brandenburg. Mit diesem Wohlleben ist es vorbei, denn in der letzten Zeit haben sich im Brandenburgischen betrübliche Dinge ereignet: die Korruption der nationalsozialistischen Bonzokratie der Provinz Brandenburg liess sich nicht länger verheimlichen: der Gau-Propagandawalter der NSDAP Schulze-Wechsungen musste zum Selbstmord gezwungen werden, Kube, der Gauleiter und Oberpräsident der Provinz konnte nur durch persönliches Eingreifen Hitlers seine Stellung halten. Wegen dieser Zwischenfälle wurde das Kassenwesen der nationalsozialistischen Bürokratie Brandenburgs reorganisiert und auch dem Zugriff des Pg. Wohlleben wurden 2 der 3 Kassen, die ihm bisher unterstanden, entzogen. Da er das besondere Vertrauen des mit Mühe und Not einer Strafverfolgung entgangenen Gauleiters genießt, blieb er Gauwarter der Arbeitsfront Brandenburgs, doch als Gauwart des Vergnügungsverein Kraft durch Freude wurde er am 1. II. abgesetzt. Gleichzeitig verschwand Pg. Wohlleben als Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bekleidung. Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Leder, ein gewisser Neumann, ist jetzt im Nebenamt auch Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Bekleidung.

Blockwalters Sorgen. (ITF) Über je 8-12 Mitglieder der Arbeitsfront ist in den Betrieben ein "Blockwarter" gesetzt, der dafür zu sorgen hat, dass möglichst alle ihm Unterstellten "freiwillig" zu den angeordneten Versammlungen gehen, die "freiwillig" angeordneten Abzeichen kaufen und "freiwillig" die angeordneten Spenden bezahlen. Jeder, der sich weigert, einem derartigen Ersuchen des Blockwalters Folge zu leisten, muss seine Weigerung schriftlich begründen. Der Widerstand der Arbeiter gegen diesen ständigen Druck ist so stark, dass in vielen Betrieben die Mehrzahl der Arbeiter sich ganz offen zur Wehr setzt. Im Mitteilungsblatt der Hamburger Arbeitsfront wird zum Beispiel geklagt: "Als in einem mit bekannten Betrieb vor kurzem zu einer Versammlung aufgefordert wurde, hatte ein Blockwarter folgende Entschuldigungen zu verzeichnen: A gibt morgen Bescheid; B wird zu spät; /F geht nicht aus; G kein Geld; H Theaterabend" ("Anordnungen für die DAF-Warter des Gaues Hamburgs", 1936, Nr.1). Von 10 Arbeitsfrontmitgliedern drücken sich 8!

Die Arbeitsfront ist sich durchaus darüber klar, dass diese fadenscheinigen Entschuldigungen nur eine dem Terror entsprechende vorsichtige Form der Abwehr sind: "Diese Arbeitskameraden kennen wir alle und wissen zum Beispiel aus, dass einige von ihnen grosse Fachleute in Wirtschaftsfragen sind, denn an einem Thema wie Butterknappheit können sie sich geradezu berauschen...."

"Die Partei regiert den Staat". (ITF) Wiederholt hat Hitler zur Beruhigung der Mitgliedschaft der NSDAP die tröstliche Versicherung abgegeben: zwar sei das Parteiprogramm noch nicht verwirklicht, aber die "Partei regiert den Staat", sie habe daher die Möglichkeit, nationalsozialistisches Wollen durchzusetzen. Ein Bericht aus dem westfälischen Industriegebiet zeigt, wer im Dritten Reich wirklich den Staat beherrscht.

In Dahlebrück bei Hagen in Westfalen beschäftigt die Firma Kuhbier etwa 1000 Arbeiter. Das Walzwerk befindet sich in Familienbesitz, der Seniorchef, zwei Söhne und 3 Schwiegersöhne arbeiten im Unternehmen. Das Werk arbeitet technisch und kaufmännisch nach Weisungen von Krupp. Auf Betreiben von Krupp, der aus selbstgewonnener Erfahrung Rat erteilte, verlangte die Firma vom Kriegsministerium eine Subvention von einer halben Million RM zum Ausbau einer neuen Anlage. Die für den relativ kleinen Betrieb hohe Subvention wurde ohne weiteres bewilligt, die Grossen erhalten weit mehr.

Von der Belegschaft waren Anfang 1935 erst ca. 300 Arbeiter Mitglieder der Arbeitsfront. Am 1. Mai 1935 mussten alle ihren Beitritt erklären. Als dann wegen fortgesetzter Korruption ein Amtswarter der Arbeitsfront nach dem andern aus dem Bezirk verschwand, wurde nicht mehr kassiert, Im Oktober 1935 wurden dann die ganzen rückständigen Beiträge auf einmal vom Lohn abgezogen. Aber 3-400 Arbeiter rückten vor das Verwaltungsgebäude und forderten ihr Geld zurück. Das Einsetzen von Gestapo, SS und Polizei nützte nichts, die Arbeiter setzten durch, dass sie ihr Geld zurück erhielten.

/C wird zu spät; D aus Familiengründen; E keine Zeit

Die Arbeitsfront wollte die Scharte wieder ausweiten und beweisen, dass sie die Interessen der Arbeiter wirksam verträte. Als der Seniorchef, ein "alter Kämpfer" und vielfacher Millionär, wieder einmal trotz Devisenmangel mit Frau, Tochter, Chauffeur und Kammerzofe in Italien war, erschien plötzlich eine Kommission allerhöchster Nationalsozialisten, unter ihnen der Herr Gauleiter Wagner, zur Kontrolle der hygienischen und sozialen Zustände, die in diesem Betrieb eines "alten" Pgs. wirklich viel zu wünschen übrig lassen. Erst bei ihrem zweiten Besuche traf die Kommission den technischen Direktor, der gleichzeitig offizieller "Betriebsführer" war, an. Der Gauleiter kritisierte mit Recht den miserablen Zustand einer Abortanlage und verlangte Abhilfe, doch der Betriebsführer erklärte energisch: "Auf diesem Grund und Boden habe ich allein zu sagen!" Der Gauleiter liess den aufgeregten Herrn sofort durch mitgebrachte Gestapo-Leute verhaften und nach Dortmund ins Gefängnis bringen.

Die Arbeitsfront jubelte über ihren Sieg und erklärte den Arbeitern: jetzt könnt ihr sehen, wer den Staat regiert. So gehen wir mit Arbeiterschindern um! Aber inzwischen hatte sich das Unternehmen gleichzeitig an das Kriegs-, Luftfahrt- und Finanzministerium gewandt: Wenn der Betriebsführer nicht sein Herrenrecht gegenüber jedem Eindringling behaupten könne, würde die für das Kriegs- und Luftfahrtministerium so wichtige Produktion leiden und geschädigt, würde die im nationalen Interesse und nach den Worten des Führers so notwendige Autorität untergraben werden.

Die Minister schützten den Industriellen. Der zuständige Landrat bekam einen Rüffel; er hätte nicht dulden dürfen, dass Unbefugte(!) eine Betriebskontrolle vornähmen, Betriebskontrollen seien Aufgabe der Gewerbeinspektion/ das Werk und fand natürlich nichts zu beanstanden.--

Der Betriebsleiter wurde aus seiner milden Haft entlassen, aber der Walter der Arbeitsfront aus dem Betriebe entfernt. Der Treuhänder ersetzte pro forma den bisherigen Betriebsleiter durch einen der Schwiegersöhne des Seniorchefs und verlangte für den neuen Betriebsführer "unbedingten Gehorsam". Kein Mensch und keine (!) Instanz ausserhalb des Werks dürfe in Betriebsangelegenheiten hineinreden. Die Arbeitsfront konnte sich nicht einmal damit trösten, dass sie wenigstens dem technischen Direktor, der nicht mehr den Titel des "Betriebsführers" trug, keinen "unbedingten Gehorsam" schulde, denn unmittelbar darauf ernannte ihn das zuständige Wehrkreiskommando zum Leiter der Spionageabwehr für das Volmetal. Eine der ersten Taten des Neuernannten war ein Anschlag in dem mit kräftigen Worten stand: jedem Nichtwerksangehörigen sei das Betreten des Werkes verboten, vor allem (!), aber jedem Funktionär irgend einer politischen Organisation. Ausnahmen würden nur bei Vorweisen eines vom Kriegsministerium ausgestellten Passierscheins gemacht.

Die 12 Arbeiterfamilien, die innerhalb der Umzäunung des Werkgeländes wohnen, können nach wie vor tags und nachts Besucher ohne Passierschein empfangen. Aber der Gauleiter der Partei, die den Staat "regiert", hat sich bisher nicht mehr blicken lassen.

Kraft durch Vorfreude!(ITF) Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, hatte (am 19. Februar) in einer Kundgebung in Danzig mitgeteilt dass er einer Danziger Werft den Auftrag zum Bau eines besondern "Kraft durch Freude-Urlauberschiffes" erteilt habe. Die nationalsozialistische Claque bejubelte diesen "grosszügigen Auftrag", von dem die Presse des Dritten Reiches auch pflichtschuldigst Mitteilung machte. Aber schon am folgenden Tag stellte es sich heraus, dass sich Herr Dr. Ley mit zuviel Danziger Goldwasser Kraft und Freude ange-trunken hatte. Der nationalsozialistische "Danziger Vorposten" musste betrübt mitteilen, der Auftrag sei zwar erteilt, aber "die Ausführung dieses grossen Auftrags ist erst in 1-2 Jahren zu erwarten".

/die ihm unterstände, Der Treuhänder der Arbeit, der mit der Erledigung des Falles beauftragt wurde, kontrollierte mit den Gewerbeinspektoren

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Die österreichischen Eisenbahner.(I.T.F.) In den zwei Jahren seit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften ist es den christlichen Diktatoren nicht gelungen, die österreichischen Eisenbahner zu gewinnen. Am 7. Februar hat der österreichische christliche Eisenbahner-"Führer" Knosp in einer Eisenbahnversammlung in Graz zugeben müssen: "Die Bundesbahnen zählen heute einen Personalstand von 52.000 aktiven Bediensteten; hiervon sind rund 20.000 im Zentralverband christlich-deutscher Bundesbahnbediensteter organisiert. Etwa 3.000 Bedienstete gehören der Eisenbahnorganisation des Heimatschutzes (Heimwehr.Red.) an. Der Rest steht noch abseits."

Trotz Terror und Entlassungsdrohung, die österreichischen Eisenbahner wollen mit den gelben Organisationen der Klerikalen und der faschistischen Heimwehr nicht zu tun haben.

An unmöglicher Stelle.(I.T.F.) Die österreichischen Strassenbahner werden gezwungen, Mitglied der Dachorganisation der faschistischen Verbände der "Vaterländischen Front" zu werden. Die Strassenbahner "können sich dem Druck nicht entziehen und müssen das verhasste Abzeichen tragen, aber sie finden dennoch Wege, ihre wirkliche Gesinnung zu zeigen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen der Gemeinde Wien beschwerte sich in einem Erlass an alle Angestellten und Bediensteten: "Die Bundesleitung der Vaterländischen Front teilt mit, dass in letzter Zeit wiederholt Klagen einlaufen, dass ein Grossteil (!) der Strassenbahnangestellten entweder keine oder sehr verunstaltete Abzeichen trägt, die an irgend einer unmöglichen Stelle befestigt werden" ("Direktionsnachricht" Nr 24/1 vom 16. Januar 1936)

Uniformierung der Taxichauffeure.(I.T.F.) Die deutschen Taxichauffeure müssen sich in den nächsten Monaten eine Uniform anschaffen. Vorgeschieden wurde eine graue Uniformjoppe mit langer Hose oder mit kurzer Hose und Ledergamaschen. Zur Uniform muss eine Schildmütze getragen werden. Seit der Stabsoffizier des Feldeisenbahn-Chefs der deutschen Weltkriegsarmee, Direktor Bennighoff, zum Leiter der "Reichsverkehrsgruppe Kraftgewerbe" ernannt worden ist, wird das deutsche Taxigewerbe nach den Wünschen des Generalstabs durchorganisiert. Mit dieser Uniformierung wird die Eingliederung der deutschen Taxichauffeure in die deutsche Armee äusserlich sinnfällig gemacht.

Kürzung der Verdienste.(I.T.F.) Die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat durch eine Anordnung die Subdirektionen verpflichtet, umgehend die Anzahl der "überflüssigen" Arbeitskräfte in den ihnen unterstellten Betrieben zu melden. Auch bei dem "produktiv" beschäftigten Personal sei auf unbedingte Sparsamkeit zu achten. Die Gedinge-(Akkord)Sätze der Werkstättenarbeiter seien in Anbetracht der angespannten Finanzlage der Reichsbahn zu hoch.

Die Gedingesätze sind in den letzten Wochen bereits von durchschnittlich 30% auf 25% gesenkt worden. In Betriebsversammlungen einzelner Direktionen wurde bereits bekanntgegeben, dass eine weitere Senkung auf 15% zu erwarten sei. Tritt diese Senkung ein, so wird ein qualifizierter Handwerker nur noch ein monatliches Nettoeinkommen von 120-130 RM. haben.

Amsterdam, den 2. März 1936.

Ein Schulbeispiel. (ITF) Die Finanzkatastrophe der Deutschen  
===== Reichsbahn-Gesellschaft, des grössten deutschen Unternehmens, ist ein Schulbeispiel für die Finanzpolitik der Diktaturen. Seit der Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise, seit 1930, arbeitete die Reichsbahn mit Fehlbeträgen. Die erforderlichen Mittel konnten jedoch leicht durch Aufnahme von Anleihen beschafft werden. In den guten Jahren hatte die Reichsbahn sich selbst finanziert, die Verschuldung betrug daher Ende 1929 (ohne Vorzugsaktien) nur ca. 300 Mio. RM. Bis Ende 1935 aber waren die ausgewiesenen Schulden der Reichsbahn auf 1,8 Milliarden RM gestiegen. Diese Schuldenlast ist bei einem Unternehmen von der Grösse der Reichsbahn noch nicht besorgniserregend, aber die Reichsbahn ist nicht einmal in der Lage, die Zinsen für diese Schulden aufzubringen. Die Reichsbahn ist von den Nationalsozialisten systematisch ausgeplündert worden, sie wurde zur Finanzierung der Aufrüstung und als Subventionsinstrument für alle möglichen Zwecke eingesetzt und gezwungen, ihre eigene Konkurrenz, das Auto, zu finanzieren.

Um "für den Ernstfall" gerüstet zu sein, wurden der Oberbau und der Betriebsmittelpark, allerdings unter einem unmenschlichen Hetztempo in Stand gesetzt. Sogar die rund 2,5 tausend Lokomotiven, die 1932 kalt abgestellt waren, wurden betriebsfertig gemacht. Durch das "Beschaffungsprogramm" ist sowohl der Ausfall technisch überholter Betriebsmittel ausgeglichen, als auch die Stilllegung der für den technischen Fortschritt notwendigen Industriestätten verhindert worden. Die baulichen Anlagen befinden sich auf den strategischen Strecken. Die Melde- und Sicherungsanlagen wurden ergänzt, alte und baufällige Stellwerke erneuert, elektrische Streckenblockung eingeführt, der Einbau von Zugbeeinflussungsvorrichtungen fortgesetzt, zahlreiche Weichen und Signale mit elektrischer Beleuchtung versehen, Lautsprecheranlagen zur Regelung des Personenverkehrs eingerichtet usw. Neue Diesellokomotiven, Elektrolokomotiven, zweiteilige Triebwagen, 13 Blitzzüge ("Fliegende Hamburger"), neue Personen- und Güterwagen und Lastkraftwagen wurden angeschafft. Diese Vorbereitung auf den vom Dritten Reich geplanten Krieg kostete erhebliche Beträge. Finanziert wurde diese Umstellung der Deutschen Reichsbahn auf den Krieg durch kurzfristige "Arbeitsbeschaffungskredite". Die Reichsbahn hatte 1933 mit der Möglichkeit einer Umschuldung in mittelfristige oder langfristige Kredite gerechnet. Der deutsche Kapitalmarkt ist jedoch für Zwecke der Aufrüstung reserviert und an Auslandsanleihen ist nicht zu denken, da kein Finanzmann riskieren will, dass die braunen Gangster ihm eines Tages unter nichtigen Vorwänden sein Kapital beschlagnahmen. Die Reichsbahn muss daher ab 1936 5 Jahre hindurch jährlich 172 Millionen RM kurzfristige "Arbeitsbeschaffungswechsel" einlösen. Die "Reichsbahn-anleihe" von 500 Millionen brachte keine nennenswerte Entlastung, denn 400 Millionen mussten sofort zur Einlösung von kurzfristigen Krediten der Reichsautobahnen, eines Tochterunternehmens der Reichsbahn zur Verfügung gestellt werden. 72 Millionen eigener Wechsel muss die Reichsbahn 1936 daher aus eigenen Einnahmen einlösen. Diese Einnahmen aber wurden von den Nationalsozialisten durch weitere Ausnahmetarife verringert. 1935 "liessen die umfassenden Frachtermässigungen für die Forderung der nationalen Arbeit (Rüstung, Red.), die Sonderstellung der Transporte für die Reichsautobahnen durch Anwendung des Dienstguttarifes und die Dienstleistung für die Winterhilfe (16 Millionen Mark, Red.) Die Einnahmen aus dem Gütertarif hinter dem Voranschlag zurückbleiben." (Die Reichsbahn, 1936, Heft 1.) Sondertarife zur Subventionierung der deutschen Häfen und einzelner Industrien kamen hinzu. Im Güterverkehr ist infolgedessen, nach einer Erklärung des Reichsverkehrsministers, die Einnahme pro Tonnenkilometer von 4,44 Reichspf. im Jahre 1932 auf 3,66 Rpf. im Jahre 1935 gesunken. (Frankfurter Zeitung, No. 8, vom 5. I. 36.). Das entspricht einer Senkung von 17,6% oder bei 2,32 Milliarden Einnahme aus dem Güterverkehr einer Mindereinnahme von 408,3 Millionen RM.

Im Personenverkehr sind durch die Sondertarife für die nationalsozialistischen Formationen und zur Hebung des aus Gründen der Auslandspropaganda forcierten Fremdenverkehrs die Einnahmen von 3,12 Rpf. pro Personenkilometer (1931) auf 2,54 Rpf. (1935) gesunken. Dieses Absinken um 18,6% ist die Folge der Senkung der Tarife für Gesellschaftsfahrten von 40% auf 60% des Normaltarifes, der (ab 16. Mai 1933 geltenden) Sondertarifmassnahmen für Fahrten zu nationalsozialistischen Feiern

(Reichsparteitag, Reichshandwerkertag, Reichserntedanktag, Feier des 9. November, usw., und nicht zuletzt der Ausnahmetarife für den Vergnügungsverein "Kraft durch Freude". Der NSDAP wurden bis zu 75% gesenkte Ausnahmetarife für Gesellschaftsfahrten und bei Fahrten zu Sonderkursen der einzelnen Formationen der NSDAP sogar die Fahrt II. Klasse mit 50% Verbilligung zugestanden. Der Vergnügungsverein "Kraft durch Freude" kann seine Reisen zu Militärtarifen (1 Rpf. pro km.) durchführen. Würden diese Sondervergünstigungen auf den Stand vom 15.5.1933 zurückgeführt werden, hätte die Reichsbahn 1935 eine Mehreinnahme aus dem Personenverkehr von 93,9 Millionen Mark erzielt. Insgesamt hat die Reichsbahn im Interesse der Aufrüstung und der NSDAP auf 501,5 Millionen RM verzichtet müssen! Hinzu kommen noch nach Feststellung des Reichsverkehrsministers 323 (9% der Bruttoeinnahmen); insgesamt betragen also die politischen Lasten der Deutschen Reichsbahn 23% ihrer Bruttoeinnahmen.

Das Ergebnis ist eine völlige Zerrüttung der Finanzen des größten deutschen Unternehmens. Die Reichsbahn zehrt von der Substanz. "Die Drosselung der Betriebsausgaben geht", wie der Reichsverkehrsminister feststellt, "auf Kosten der Substanz des Reichsbahnvermögens. Die Unterhaltung der Reichsbahnanlagen, die Erneuerung des Oberbaus sowie die Ergänzung des Fahrzeugparks können wohl auf eine gewisse Zeit eingeschränkt werden, auf die Dauer aber ist es unmöglich, die Unterhaltung und Erneuerung der festen Anlagen und der Fahrzeuge so weit zurückzustellen, wie es in den letzten Jahren geschehen müsste. Die Rückstände stauen sich, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird, derart an, dass die Mittel zu ihrer Aufholung kaum noch aufzubringen sein werden. Die Mehraufwendungen, welche die Reichsbahn über den Voranschlag 1936 notwendig hat, um ein normales (!) Unterhaltungs- und Erneuerungsprogramm durchzuführen, bemessen sich auf 136 Mill. RM. Da der Voranschlag selbst schon mit einem echten Fehlbetrag von 29 Mill. RM abschliesst, würden über die laufenden Betriebseinnahmen, die für das Jahr 1936 geschätzt werden, 165 Mill. RM aufzubringen sein.

Die Reichsbahn selbst hat vorgeschlagen, ihr diese Mehraufwendungen dadurch zu ermöglichen, dass sie in den Abgaben entlastet wird, welche sie zurzeit an das Reich entrichtet." Das Reich aber gebracht das Geld der Reichsbahn zur Aufrüstung, der Reichsbahn blieb deshalb als einziger Ausweg Erhöhung der Tarife. Die Generaldirektion glaubt, dass bei scharfer Drosselung der Ausgaben eine Steigerung der Einnahmen um 100 Millionen ausreiche. "Würde man sich lediglich an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, so läge die Forderung nahe, die 100 Millionen Reichsmark pro Jahr, die die Reichsbahn nötig hat, aus einer mässigen Erhöhung jener schon nicht mehr als Ausnahmen zu bezeichnenden Sondertarife im Personenverkehr herauszuholen" setzte der Vertrauensmann der Ruhrindustrie in der Redaktion des Berliner Tageblatts (Nr. 8) auseinander. "Aber es sind eben die sozialen und politischen Erwägungen die entgegenstehen; dergleichen ist nicht durchführbar.

Die Teilnahme an den Feiern und sonstigen Veranstaltungen der NSDAP würde katastrophal zurückgehen, falls die Subventionierung auf Kosten der Reichsbahneingestellt würde. Es blieb daher nur der Ausweg einer Erhöhung der Gütertariife. Ab 20. Januar 1936 wurden denn auch die Güter- und Tiertarife der Reichsbahn (mit Ausnahme wichtiger Lebensmittel) schematisch um 5% erhöht. Diese Erhöhung sollte 100 Millionen erbringen, weitere 30-40 Millionen sollten durch Fortfall von Ausnahmetarife erbracht werden.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass mit dieser Erhöhung das Loch im Haushalt der Reichsbahn nicht gestopft wurde. Die Erhöhung der Tarife wird -- zum Teil durch Abwanderung zum Kraftwagen -- keine 100 Millionen bringen. Auf Mehreinnahmen durch Aufhebung von Güter-Sondertarifen musste die Reichsbahn unter dem Druck der Industrie verzichten. Die Reichsbahn versucht jetzt, auf Kosten der Betriebssicherheit und auf Kosten des Personals zu sparen. Statt der 136 Millionen, die der Verkehrsminister für ein "normales (!) Unterhaltungs- und Erneuerungsprogramm" forderte, sind nur Aufträge in Höhe von 45 Millionen vorgesehen, weniger als ein Drittel!

Den Arbeitern wurde das Gedinge (Akord) um 25-30% gekürzt. Auf Betriebsversammlungen wurden bereits weitere Verschlechterungen angekündigt. Die von den Nationalsozialisten ausgeplünderte Reichsbahn soll auf Kosten des Personals und unter Rückgriff auf die Substanz saniert werden.